

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschreib: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1538
Girokonto Riesa Nr. 82.

Nr. 283.

Donnerstag, 4. Dezember 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben, 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%), Kautschuk, feste Tarife, Fernläufer Rabatt erwünscht, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingehalten werden muss oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeiträge „Krautler an der Elbe“ — Im Falle höherer Gewalt — streik oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortbeiträge 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die Brücke.

Die Deutsche Volkspartei will die Brücke von der alten Zeit zur neuen Zeit sein, hat Dr. Stresemann gesagt. Ein glücklicher Ausdruck ist das; denn er bezeichnet treffend das, was uns Deutschen nach so furchtbaren Erlebnissen not tut. Wir müssen den Uebergang finden von dem schönen Einklang zu dem traurigen Jetzt, die Brücke von nationalen Stolz über die nationale Verzweiflung zur nationalen Mäßigkeit. Nicht gilt es alles Alte verächtlich über Bord zu werfen. Es hat auch seine Mängel gehabt, aber noch mehr Vorzüge. Denn es war geschichtlich geworden. Wie die Natur keine Sprünge macht, so macht auch die Entwicklung eines Volkes keine. Was in revolutionären Zeiten so aussieht, das sind nur Scheintänze. Wir erleben es gerade jetzt wieder, wie die wilden Gebärden der Nachkriegszeit in sich zusammenfallen und wie der alte, feste Boden aus dem Feuerwerk wieder aufsteht. Freilich sehen wir auch, daß manches auf diesem Boden zertrümmert ist, was genau so nicht wiederhergestellt werden kann, und müssen bei dem Ausbau die alten Steine wieder auf neue Weise hinstellen. Was du ererbst von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen! D. h.: ein Erbteil ist tot, an dem wir nicht von Grund aus neu arbeiten. Wer nur „konservieren“ will, der zerfällt. So muß jeder eine Brücke von der alten zur neuen Zeit schlagen. Und das deutsche Volk hat jetzt keine größere Aufgabe.

Auch von diesem Gesichtswinkel aus wird also der Wähler am 7. Dezember die Parteien prüfen müssen: welche sorgen für einen gesicherten Uebergang? Er wird als solche weder die erkennen, die alles Gewesene verdammen, noch die anderen, die an der neuen Zeit kein gutes Haar lassen. Der traditionellsten, direkt antisozialistischen Sozialdemokratie scheint es über Natur nach das Richtige, die Zustände und Begriffe von ebendem als alten Klunder abzutun. Aber auch die rein kritische, großstädtische Linksdemokratie kommt von dem Fehler nicht los, in der passivsten Reaktion gegen die Kriegsstimmung zu schwelgen und jede kräftige nationale Bewegung „reaktionär“ zu scheitern. Echte Demokratie muß national sein, wie es die deutsche vor hundert Jahren war. Aber auf die heutige Sozialdemokratie paßt nicht mehr der Name „Deutsche“ demokratische Partei. Was aber soll man von denen hoffen, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen? Sie leben in einer Illusion und verbreiten Illusionen — inwiefern nicht viel anders als die Sozialisten. Nur mit anderen Vorzeichen: dem „sozialistischen“ und den „völkischen“ Deutschnationalen sind solche (ehrenwerten) Männer, die sich ein neues Gebäude auf dem alten Boden nicht vorstellen können. Sie wollen rückwärts, nicht vorwärts.

Aber wir müssen vorwärts. Die Brücke führt uns dahin. Sie ist ein Mittelweg zwischen Stromschnelle und Stagnation, und ihr Betreten ist nicht ohne Gefahr. Wer in der Mitte geht, muß ja immer nach beiden Seiten sich schütten. Das hat Herr Marx gespürt, als er sein Zentrum zwischen rechts und links unversichert hindurchzuführen suchte; und die Entscheidung ist nur aufgehoben. Das erlebt jetzt die Deutsche Volkspartei, deren Parole „Vorwärts!“ keinem Nachbar gefällt und die in beiden Richtungen angegriffen wird, weil sie nach keiner Seite sich binden will. Und gar die Deutschnationale Partei muß ganz besonders unter den Beschwerden des Ueberganges leiden. Der Anker gilt sie immer noch als die Verankerung des Rücktritts, der äußersten Rechten dagegen schon als Abtrünnige, der modernen Anknüpfungsweltung Versäulung. Sie ist ja mitten im Uebergang von der Opposition zur Regierungsfähigkeit von dem Wahlwetter überhäuft worden. Man weiß deshalb noch nicht ganz genau, ob die Deutschnationale sich am Ende zu einer rechten „Brückenpartei“ entwickeln wird, aber man muß es nach dem bisherigen Gang der Dinge und nach dem Verhalten der Parteiführung annehmen. Eine ganz breite, ganz feste Brücke würde erst zustande kommen, wenn alle großen arbeitwilligen Parteien an ihr bauen; und der starke Druck der einen Seite würde den ebenso starken der anderen Seite ausgleichen. Aber bevor die „Volksgemeinschafts-Brücke“ möglich ist, muß erst den Strebegeiern auf beiden Seiten gezeigt werden, daß es auch ohne sie geht. Die Brücke von der alten zur neuen Zeit wird zunächst in ihrem Mittelteil gebaut werden; dann mögen sich die Stützen rechts und links anschließen. Am 7. Dezember hat jeder Deutsche Gelegenheit, seinen Baustein herbeizutragen.

„Zweierlei Demokratie.“

Dresden, 3. Dezember. Die „Sächsische Staatszeitung“ veröffentlicht an der Spitze ihrer Mittwoch-Nummer unter der Überschrift „Zweierlei Demokratie“ eine Mitteilung der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei, die folgenden Wortlaut hat:

Die Darstellung des Ministeriums des Innern über die Verurteilung der Amtshauptleute in Freiberg und Fichta hat in der sozialdemokratischen Presse, besonders in der „Leipziger Volkszeitung“ Nr. 280 vom 1. Dezember, lebhafteste Angriffe gegen die Regierung ausgelöst. Dabei handelt es sich in der Erklärung des Ministeriums des Innern lediglich um eine sachliche Darstellung des Vorganges. Nachdem die Begleitfrage in ihrer Mehrheit die Abberufung der Amtshauptleute beschlossen hatten, war es nur eine Befolgung demokratischer Grundätze, wenn das Ministerium die Verurteilung bis zur Regelung der Angelegenheiten eintreten ließ. Für diese einfache Sachlage, wie sie auf Grund der neuen Gemeindeordnung geschaffen ist, meint aber die „Sächsische Republikantische Korrespondenz“,

die die sozialdemokratischen Blätter bedient, kein Verständnis zu haben, was immerhin mit Unkenntnis der sächsischen Verhältnisse und der sächsischen Verfassung erklärt, aber nicht entschuldigend werden kann.

Eine solche Unkenntnis der Dinge aber kann bei der „Leipa. Volkssta.“ nicht angenommen werden. Diese bezeichnet, um unter allen Umständen Angriffe gegen die Regierung konzentrieren zu können, die Darstellung der Regierung als eine „bämliche Ausrede“, als ein „elendes Manöver“, als einen „blöden Anarich“. Die „Leipa. Volkssta.“ scheint, soweit solche Straßendrucke überhaupt als sachliche Wertung gedeutet werden können, auf dem Standpunkt zu stehen, daß die Demokratie zwar in der Gemeindeverfassung verankert ist, in der Praxis aber keine Bedeutung hat.

Die „Leipa. Volkssta.“ kann aber — schon in der nächsten Nummer vom 2. Dezember — auch anders. Da handelt es sich um die **Abberufung des Bürgermeisters von Markranstädt**. Darüber berichtet die „Leipa. Volkssta.“: „Genosse Seeger ist der Meinung, daß nach dem Geleit, eine Weiterbeschäftigung des Bürgermeisters vorläufig nicht in Frage kommt. Es kann nicht in dem Willen des Gemeindevorstandes gelegen haben, daß ein Bürgermeister, der die Mehrheit der Stadtvorordneten und somit der Bürgerchaft gegen sich hat, sein Amt ausübt.“

Hier wird also die Demokratie gefordert, während in dem Falle der Amtshauptleute die Regierung beschimpft wird, weil sie dem demokratischen Grundgesetz Rechnung getragen hat, den die neue Gemeindeordnung auch auf die Bezirke ausgedehnt hat.

Zusammentritt des neuen Reichstages am 16. Dezember.

In Berlin. Der Zusammentritt des neugewählten Reichstages wird am 16. d. M. erfolgen. Vom Ausgang der Neuwahlen wird es abhängen, ob das alte Kabinett bis zum Zusammentritt des Parlamentes weiterbesteht, oder seinen Rücktritt vorher vornimmt.

Was Deutschland in Wirklichkeit zahlt.

Die Nachrichtenstelle der Deutschnationalen Volkspartei in Sachen unterbreitet uns nachfolgende Zusammenfassung des deutschnationalen Spitzenkandidaten Geheimrat Dr. Cuno über Deutschlands Zahlungen nach dem Dawesplan. Die amtliche Propaganda arbeitet mit der Behauptung, daß wir ein lohnendes Moratorium hätten, d. h. auf deutsch einen Zahlungsaufschub. Nach dem Dawesplan haben wir im laufenden Jahre zu zahlen 1000 Millionen, davon sollen uns 800 Millionen gelassen werden. Das sind die 800 Millionen, auf die man in der deutschen Wirtschaft so große Hoffnungen setzt. Tatsächlich sind sie für die Kriegsdarlehens bestimmt. Will man aber etwa mit diesem Darlehen als Notendeckung Geld machen, so droht Inflation.

Die wirklichen Leistungen sind aber viel höher als im Dawesplan angegeben.

Der Generalagent für Reparationszahlungen, V. Gilbert, hat einen offiziellen Bericht über die Einnahmen und Ausgaben während der Monate September und Oktober veröffentlicht. Nach diesem Bericht weisen die Einnahmen während des Monats einen Gesamtbetrag von 189 712 577,01 Goldmark, die Ausgaben eine Summe von 143 079 431,59 Goldmark auf. Deutschland hat einen Betrag von 69 Millionen Goldmark in bar bezahlt. Die nächstgrößte Einnahme beträgt ungefähr 30 Millionen und stammt aus dem englischen Recovery Act. Diese Ziffer beweist, wie unwesentlich die britische Steuer auf die deutschen Exporte für England ist. Die Einnahmen aus der französisch-belgischen Eisenbahnregie betragen 25 Millionen. In England wurden für Lieferung von Farbstoffen, Gemischen, Produkten, ferner für Belagungsstoffen und für Kohlen, die aus dem Rheinlandabkommen entlassen sind, sowie für den Reparations Recovery Act ein Betrag von 37 951 633,91 Mark bezahlt. Frankreich hat für Sachlieferungen, Kohlen, Chemikalien, Düngemittel, Farbstoffe usw. einen Betrag von 60 841 570,66 M. bekommen. Italien erhielt für Sachlieferungen, Kohlen, Chemikalien, Düngemittel, Farbstoffe einen Betrag von 13 343 330,04 Mark. Belgien für ähnliche Zwecke eine Summe von 15 819 437,95 Mark. Ferner wurde Japan beliefert. Für die verschiedenen internationalen Kommissionen wurden folgende Zahlungen geleistet:

a) Reparationskommission	1 747 990,90 M.
b) Rheinlandkommission	2 500 000, — M.
c) Militärkontrollkommission	2 000 000, — M.
d) Marinekontrollkommission	70 000, — M.
e) Kontozahlung für Vermarktung des Würos des Generalagenten	207 207,38 M.

Es ergeben sich folgende Gesamtleistungen:

bar	69 Millionen
Ausfuhrabgabe	80 Millionen
Eisenbahnregie	25 Millionen
Sachleistungen	130 Millionen
Agenten und Kommissare	6,3 Millionen
Das gibt zusammen	258,3 Millionen
oder jährlich	1550 Millionen

Die Eisenbahnregie fällt in Zukunft fort. Dafür sind die Ausfuhrabgaben auf etwa 70 Millionen gemachelt. Heute schon kann man unsere Kriegsdarlehens des ersten Jahres auf 2000 Millionen schätzen.

Warum erfahren wir nur etwas durch das Ausland? Warum sagt uns die deutsche Regierung nicht die Wahrheit?

Aufruf des Reichselternbundes.

Wieder ist der Reichstag aufgelöst. Wieder hinterläßt er ungetane Arbeit in läugert der Lösung harrenden Fragen. Wieder sind durch Parteihader und politischen Vormächtigkeiten mehr als 9 Monate unersehbarer Zeit und Gelegenheiten verloren für die Förderung drängendster Aufgaben der Kulturgesamtheit!

Durch die Reichsverfassung ist die Aufstellung einheitlicher Grundsätze für die Neuordnung des Schulwesens unter Berücksichtigung des Elternrechts in Aussicht gestellt. Jahr um Jahr, Reichstag um Reichstag wartet das Volk vergeblich auf die Einlösung dieses Versprechens durch die Volksvertretung. Jede Verzögerung vermehrt die Unsicherheit, fördert den Zerfall und bringt der Reichseinheit unüberbringlichen Schaden. Auch der verzweifelte Weg eines Notgesetzes kann dieses Verhängnis nicht aufhalten. Nur eine Schulpolitik, die unter voller Wahrung des Elternrechtes der Eltern und der geschichtlichen Eigenart der deutschen Stämme die Kulturarbeit des deutschen Volkes sichert, kann uns vorwärts führen.

Die Verhandlungen über die außenpolitischen Fragen sind zu einem wie auch immer zu beurteilenden Abschluß gekommen. Evangelische Volksgenossen! Fordert nunmehr von der Regierung, daß sie hinter den noch zu lösenden Aufgaben auf wirtschaftspolitischen Gebiet nicht länger die Sorge für die sittliche Wohlfahrt des Volkes zurückstellt!

Verlangt von den Parteien, daß sie auf ungelöste Vorlegung der immer wieder zurückgestellten Gesetzentwürfe drängen und an ihre Durchberatung alle Kraft setzen!

Gibt keinem Kandidaten eure Stimme, der nicht dafür eintritt, daß endlich ein Reichsschulgesetz zustande kommt, das in allen Ländern das Elternrecht sichert und der evangelischen Schule volle Entfaltungsfreiheit neben den anderen Schularten gewährleistet, ehe es dafür für immer zu spät ist!

Evangelische Wähler! Nur ein innerlich gesundes und sittlich gefestigtes Volk ist den Anforderungen gewachsen, die uns durch die schwere äußere Lage gestellt werden.

Gibt keiner Verdrossenheit Raum!

Wißt, daß Ihr Euch Eurem Volke schuldig!

Rathusius

gegen sozialistische Schwindelwörter.

* Cas. General von Rathusius veröffentlicht folgende Erklärung:

Das „Casseler Volksblatt“ und die sozialdemokratische Partei verbreiten in den Tageszeitungen und durch Flugblätter die Behauptung, die deutschnationale Volkspartei habe mit meiner Person Mißbrauch getrieben und ich habe die Deutschnationale durch die Anführung meines Auftritts in der hiesigen Parteiverammlung vom 20. November „unwesentlich belogen“. Diese Behauptungen sind durchaus unzutreffend. Es ist nicht richtig, daß ich am Bahnhof von den Deutschnationalen „überfallen“ wurde. Der Empfang durch die Vertreter der Partei, der ich als einzelnes Mitglied angetröbte, erfolgte im Einverständnis mit meiner Frau, sodas von einer Aufbringung seitens der Parteileitung mir gegenüber nicht die Rede sein kann. Ich hatte mich bereits am Abend meiner Ankunft ausdrücklich bereit erklärt, in der Versammlung am 28. November einige Worte zu sprechen, um der gesamten Bevölkerung und der Presse meinen Dank für ihre Teilnahme auszusprechen und hatte mein Einverständnis mit der öffentlichen Anführung dieser Absicht gegeben. Am Versammlungstage erit habe ich dann der deutschnationalen Volkspartei mitteilen lassen, daß ich meine Absicht aufgegeben habe. Hierfür waren nicht nur Gesundheitsrücksichten für mich ausschlaggebend.

Ich stelle hierdurch ausdrücklich fest, daß das Verhalten der deutschnationalen Volkspartei in dieser Hinsicht korrekt gewesen ist.

Die entscheidende Wahlrede Dr. Stresemanns.

Berlin, 4. Dezember. Außenminister Dr. Stresemann wird am Sonnabend in Berlin in einer großen volksparteilichen Kundgebung eine letzte Wahlrede halten, die von großer politischer Bedeutung sein wird, da der Minister die Absicht hat, sich auch mit den Fragen der auswärtigen Politik zu beschäftigen. Wie wir aus politischen Kreisen erfahren, wird Dr. Stresemann am Vorabend der Wahl eine scharfe Abrechnung mit seinen politischen Gegnern halten und sowohl gegen die Deutschnationalen als auch gegen die Demokraten sehr scharfe Angriffe richten. Es ist übrigens nicht ausgeschlossen, daß der demokratische Parteiführer noch die Gelegenheit benutzen wird, in der Diskussion persönlich dem Außenminister entgegenzutreten. Der demokratische Parteiführer sucht schon immer eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Außenminister und hofft, am Sonnabend Gelegenheit zu erhalten, Dr. Stresemann entgegenzutreten zu können.

Barter Gilbert zur 26prozentigen Abgabe.

London. (Funkpruch.) Der Generalagent für Reparationen Barter Gilbert erklärte in einer Unterredung mit dem Berliner Berichterstatter der Daily Mail, es sei nicht seine Sache, ob die Engländer die 26prozentige Abgabe einziehen oder nicht. Er fuhr fort, was ich jedoch weiß, ist, daß das so eingesammelte Geld unter unserer Kontrolle stehen müßte. Jetzt wird das Geld an das britische Schatzamt gegeben, während es nach meiner Ansicht in das Konto auf unseren Namen in die Bank von England gezahlt werden müßte. Es würde dann unsere Sache sein, es zu transferieren.